

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 60 (1966)
Heft: 2

Artikel: Ein englischer Labour-Abgeordneter über Vietnam
Autor: Zilliacus, K.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141108>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Um zu Verhandlungen zu gelangen, fordert Frei von Israel, dem Land «zwischen den Fronten», als Vorleistung die Aufgabe seiner «einseitigen Orientierung auf die USA» und die Hinwendung zu einer Politik der positiven Neutralität, sich zugesellend der blockfreien «Dritten Welt».

Diese Ausführungen sind das politische Kernstück des wertvollen Bandes, der dem Leser ein gutes Fundament gibt zur Beurteilung Israels und der Vorgänge in seiner näheren Umwelt. H. H.

Ein englischer Labour-Abgeordneter über Vietnam

Ein Brief von K. Zilliacus an den «New Statesman» (14. Januar 1966) enthält bemerkenswerte Vorschläge über eine Beendigung der Kämpfe in Vietnam.

... «Die amerikanische Fiktion spricht von einem Krieg zwischen den USA und Vietnam. Tatsache ist aber, daß die USA einen Aufstand des südvietnamesischen Volkes zu zerschlagen sich bemühen, eine Revolte unter Führung der Vietnamesischen Befreiungsfront gegen das Unterdrückungsregime von Saigon, das von den USA aufgezwungen, gehalten und ausgerüstet wird. Die USA üben in Wirklichkeit die Regierungsgewalt in Südvietnam aus und setzen ihre eigenen militärischen Mittel in einem Unternehmen ein, das sich zusehends zu einem Großkrieg entwickelt. Nordvietnam nahm erst an den Feindseligkeiten teil, als die USA das Land zu bombardieren begannen, um den bevorstehenden Zusammenbruch des Saigon-Regimes aufzuschieben und die Bildung einer neutralistischen Koalition unter Einschluß der Nationalen Befreiungsfront zu verhindern, die dem Krieg ein Ende gemacht hätte.

Präsident Johnsons Weigerung, die Nationale Befreiungsfront als den Gegner anzuerkennen, den er bekämpft und der darum auch an der Friedenskonferenz vertreten sein müßte, entlarvt den Schwindel seiner ‚Friedensoffensive‘ als Propaganda, die er nötig hat, um die öffentliche Meinung auf ein Massaker der Bevölkerung Vietnams vorzubereiten. Wenn nicht die USA ihre militärische Macht einsetzen, um die Bildung einer breit angelegten Koalition von Vertretern der Nationalen Befreiungsfront mit Anhängern des Saigon-Regimes zu verunmöglichen, ginge das Tor zum Frieden bald auf. Die Zulassung einer solchen Koalition wäre ein sehr gewichtiges Argument und dürfte Hanoi überzeugen, daß es nicht wieder betrogen würde und daß diesmal das Versprechen, die Genfer Vereinbarungen durchzuführen, wirklich gehalten werden würde. Auch wenn die erwähnte Koalition ermöglicht würde, so bliebe immer noch der Widerwille (von seiten der Nationalen Befreiungsfront) zu verhandeln unter dem potentiellen Druck sehr starker USA-Militärkräfte, die mit erneuten Kriegshandlungen drohen könnten, falls sich Hanoi nicht bereit erklärte, die Tei-

lung Vietnams andauern zu lassen, die Nationale Befreiungsfront aufzulösen und eine unbefristete Besetzung des Landes durch USA-Truppen zuzugestehen.

Diese Schwierigkeit könnte überwunden werden, wenn als erstes Ziel der Konferenz (angenommen, es wäre ihr das Aufhören der Bombardierungen vorangegangen) nach einem Waffenstillstand eine Vereinbarung über den Rückzug aller fremden Militärkräfte aus Südvietnam ausgehandelt würde. (Darin wären eingeschlossen jene Truppen, die die Amerikaner als ‚fremde‘ reguläre nordvietnamesische Militärs bezeichnen.) Erst wenn die Durchführung dieses Rückzugabkommens einen Punkt erreicht hätte, an dem es militärisch schwierig und politisch nahezu unmöglich wäre, die übriggebliebenen Fremdstuppen für das Erpressen von Bedingungen zu verwenden, die mit den Genfer Abkommen unvereinbar wären — erst dann könnten die Verhandlungen zu Ende geführt werden.

Die Schlußverhandlung würde die Unabhängigkeit und militärische Neutralität von Vietnam, Kambodscha und Laos erklären und garantieren in einem Vertrag, der von den Partnern der Genfer Verhandlung von 1954 und denjenigen von Laos (1962) unterschrieben würde. Damit würde dann das grundlose amerikanische Domino-Argument (wonach nach einem amerikanischen Rückzug alle Staaten Südostasiens vor einer kommunistischen Drohung wie eine Reihe Domino-Steine umfallen würden) als Vorwand für eine weitere Besetzung von Vietnam dahinfallen. Die englische Regierung sollte ihre schäbige Rolle als Beschöniger des amerikanischen Krieges aufgeben und an ihrer Stelle französische, sowjetische und UN-Unterstützung suchen, damit Vorschläge wie die vorstehenden von beiden Seiten als Basis für Verhandlungen in einer neuen Genfer Konferenz zur Annahme kämen.
House of Commons. K. Zilliacus. M. P.»

Handel mit China

Den folgenden Artikel entnehmen wir der Januar-Ausgabe des *«Broadsheet»*, einer Monatszeitschrift, die von der *«China Policy Study Group»* herausgegeben wird. Für diese Publikation zeichnen fünf Cambridge-Professoren. Einer davon ist Dr. *Joseph Needham*, FRS (Fellow of the Royal Society), einer der bestbekanntesten Sinologen des Westens. Vor 1949 war er mit unzähligen Gelehrten in China persönlich befreundet.

Bis 1964 hatte die Industrie Chinas sich von der früheren technologischen Abhängigkeit von der Sowjetunion befreit und bezieht nun von vielen verschiedenen Ländern die Neuanlagen, die sie braucht — von Japan Fabriken für synthetische Fasern, von Holland, Großbritannien und Italien Anlagen für Kunstdüngerproduktion, von Westdeutschland *«Oilcracking»*-Anlagen. Dies ist das erste Mal, daß ein früher unterdrücktes Land für seine Bedürfnisse an den internationalen Handel gelangt, ohne Anleihen aufnehmen zu müssen.